



Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Kreis Wesel

**Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände  
im Kreis Wesel**

Neustr. 35, 47441 Moers  
Telefon 02841 9010-0  
[www.caritas-moers-xanten.de](http://www.caritas-moers-xanten.de)

Ihre Ansprechpartnerin:  
**Brunhild Demmer**  
Telefon 02841 9010-13  
Telefax 02841 9010-70  
[Brnhild.Demmer@caritas-moers-xanten.de](mailto:Brnhild.Demmer@caritas-moers-xanten.de)

8. November 2021

**Stellungnahme der AG Wohlfahrt im Kreis Wesel  
Pflegeberatung im Kreis Wesel**

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

das Thema demographischer Wandel, zunehmende Hochaltrigkeit der Bevölkerung und damit auch zunehmende Unterstützungsbedarfe, wirft vielfältige Fragen auf. Beratung und Versorgung der Menschen müssen aus unserer Sicht hier als Gesamtpaket in den Blick genommen werden.

Wesentliche Aspekte unserer Ausgangssituation heute sind:

- Die Zahl der hochaltrigen Menschen in unserer Gesellschaft ist stetig ansteigend und damit auch die Zahl der Menschen, die Unterstützungsbedarfe haben. Für den Kreis Wesel werden hier durch die Verwaltung in regelmäßigen Abständen konkrete Zahlen und Hochrechnungen erarbeitet.
- Die Anzahl der Singlehaushalte hochaltriger Menschen steigt, die Einsamkeit in dieser Zielgruppe wird in unseren Kommunen zu einem immer drängenderen Problem. Einsamkeit wirkt sich negativ auf die psychische und physische Gesundheit der Menschen aus, wodurch Unterstützungsbedarfe sich erhöhen. Zudem können einsame Menschen nicht auf ein privates Versorgungsnetzwerk im Falle der Pflegebedürftigkeit zurückgreifen. Dies führt zu verstärkten Unterstützungsnotwendigkeiten durch externe Hilfeanbieter.
- Die Altersarmut und hier im Besonderen bei Frauen nimmt deutlich zu. Hierdurch werden neben den klassischen Hilfen für alte und kranke Menschen zunehmend auch Hilfen aus dem Bereich Existenzsicherung und anderer sozialer Dienste erforderlich.

Diese Themen können noch um folgende Punkte erweitert werden: zu wenig seniorengerechter Wohnraum, zunehmender Fachkräftemangel, weniger Pflegeangebote, als Bedarfe bestehen, weniger hauswirtschaftliche Versorgungsangebote, als Bedarfe bestehen.



Es ist festzustellen, dass wir uns heute in einer völlig anderen Ausgangsposition befinden, als zum Zeitpunkt der Einrichtung der kommunalen Pflegeberatungsstellen: damals stand im Vordergrund, den Menschen eine Orientierung zu geben, welche Ansprüche und Möglichkeiten sich für die Versorgung aus der neu eingerichteten Pflegeversicherung ergeben.

Aus Sicht der AGW kann es in der aktuellen Situation nicht mehr schwerpunktmäßig darum gehen, mittels guter Beratung den Menschen einen Überblick über Angebote zur Pflege oder hauswirtschaftlichen Versorgung zu geben, sondern es sollte in der aktuellen Situation vielmehr darum gehen, nach Wegen zu suchen, wie wir möglichst vielen Menschen notwendige Hilfen überhaupt ermöglichen. Die Dienste der gewerblich und gemeinnützig organisierten Hilfen können schon heute die Anfragen nach Unterstützung nicht mehr bedarfsgerecht bedienen: an vielen Stellen müssen Angebote wegen Fachkräftemangel zurückgefahren oder sogar eingestellt werden.

Vor diesem Hintergrund regen wir als AGW vor der Entscheidung zum Ausbau der Pflegeberatung ein Fachsymposium zum Thema Pflege, Beratung und Versorgung im Kreis Wesel an. Sinnvoll erschien uns, die Kommunen, die politischen Vertreter\*innen aus dem Bereich Soziales, die frei gemeinnützigen Träger der Wohlfahrtspflege und die Sozialverbände wie z.B. der VDK oder die KAB daran zu beteiligen.

Hier könnten zum einen die Hilfebedarfe der Menschen und die notwendigen Unterstützungs- und Hilfemaßnahmen erfasst werden. Zum anderen könnte eine fachliche Abstimmung darüber erarbeitet werden, welche Handlungsschritte sich hieraus in welcher Priorisierung ableiten sollten. Darüber hinaus müsste das Zusammenwirken der vorhandenen Strukturen im Kreis Wesel definiert werden.

Bezogen auf die Vorlage der Verwaltung zur Neuausrichtung und personellen Ausstattung der kommunalen Pflegeberatung stellen sich für die AGW konkret folgende Fragen, die letztendlich das gesamte Netzwerk betreffen. (zu diesen Fragen schaffen eventuell die der AGW nicht bekannten notwendigen Kooperationsvereinbarungen zwischen Kreis und den Städten und Gemeinden Klarheit):

- Was bedeutet das angesprochene Case Management in der Praxis (wir würden uns hier ein ausdrückliches Bekenntnis zur Sicherung der Wahlfreiheit der Menschen in Bezug auf die Nutzung von Angeboten wünschen, die angesprochene Rollenvielfalt der kommunalen Pflegeberater ließe auch andere Schwerpunktsetzungen in der Beratung zu)?
- Ist mit den angestrebten Veränderungen auch eine Kopplung von Beratung und behördlicher Genehmigung verbunden und/oder gewünscht (Die Verwaltung ist unter Umständen gleichzeitig Kostenträger und Genehmigungsbehörde und muss "unabhängige" bedarfsgerechte Beratung im Interesse des Klienten sicher stellen)?  
Es wäre aus Sicht der Wohlfahrtspflege wichtig, erkennen zu können, wie dieser Rollenkonflikt aufgelöst wird, bzw. ob und welche Priorisierungen in der Wahrnehmung der Rollen gesehen werden.
- In welchem Verhältnis steht das fachliche Handeln der Mitarbeitenden der kommunalen Beratungsstellen zur Leistung und Prüfung der medizinischen Dienste der Krankenkassen?



- In welchem Verhältnis soll die kommunale Pflegeberatung zu den bestehenden fachlichen Beratungsangeboten, der stationären und ambulanten Pflege und der hauswirtschaftlichen Hilfen der Wohlfahrtspflege sowie der frei gemeinnützigen und gewerblichen Träger stehen (steuernd, kontrollierend als gleichberechtigter Teil des Versorgungsnetzes..)?

Aus Sicht de AGW sollte das inhaltliche Konzept für die kommunalen Pflegeberatungen klarer gefasst sein, ebenso die Rolle der kommunalen Pflegeberatung für das Netzwerk der Unterstützungs- und Pflegeangebote im Kreis.

Aus unserer Sicht sollten die kommunalen Pflegeberatungen und die anderen Versorgungsstrukturen gleichberechtigte Teile des Versorgungsnetzes sein. Von daher muss die Kooperation für alle Beteiligten verbindlich sein. Die konkrete Ausgestaltung sollte von den Beteiligten gemeinsam erarbeitet werden und strukturell verankert sein.

Hier könnte das vorgeschlagene Fachsymposium ebenfalls zur Konkretisierung beitragen.

Mit freundlichem Gruß

**Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Kreis Wesel**

Brunhild Demmer